

VORARLBERGER LANDESGESETZBLATT

1

Jahrgang 2013

Herausgegeben und versendet am 22. Jänner 2013

1. Stück

- | | |
|----------------|---|
| 1. Gesetz: | Fleischuntersuchungsgebührengesetz, Änderung
XXIX. LT: RV 116/2012, 8. Sitzung 2012 |
| 2. Gesetz: | Parteienförderungsgesetz, Änderung
XXIX. LT: SA 134/2012, 8. Sitzung 2012 |
| 3. Verordnung: | Verwaltungsabgabenverordnung, Änderung |
| 4. Verordnung: | Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle des Rheintales, Änderung |

1. Gesetz

über eine Änderung des Fleischuntersuchungsgebührengesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Fleischuntersuchungsgebührengesetz, LGBl. Nr. 75/1994, in der Fassung LGBl.Nr. 2/2008, wird wie folgt geändert:

1. Im § 4 Abs. 1 und 2 sowie im § 5 wird jeweils das Wort „Bezirkshauptmannschaft“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.
2. Im § 4 Abs. 4 wird das Wort „Bezirkshauptmannschaft“ durch den Ausdruck „Ausgleichskassa (§ 6)“ ersetzt.
3. Der § 6 Abs. 4 entfällt.
4. Der § 7 lautet:

Die Landtagspräsidentin:

Dr. Gabriele Nußbaumer

„§ 7

Abrechnung mit den Aufsichtsorganen

Die Landesregierung hat aufgrund der Meldungen gemäß § 5 die den Aufsichtsorganen zustehenden Entgelte zu berechnen und aus der Ausgleichskassa zu bezahlen.“

5. Die §§ 8 und 11 entfallen.
6. Die bisherigen §§ 9 und 10 werden als §§ 8 und 9 bezeichnet und im nunmehrigen § 9 wird folgender Abs. 3 angefügt:
„(3) Das Gesetz über eine Änderung des Fleischuntersuchungsgebührengesetzes, LGBl. Nr. 1/2013, tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft.“

Der Landeshauptmann:

Mag. Markus Wallner

2. Gesetz

über eine Änderung des Parteienförderungsgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Parteienförderungsgesetz, LGBl.Nr. 52/2012, wird wie folgt geändert:

1. Der § 10 lautet:

„§ 10

Prüfung der Parteien, Rechenschaftspflicht der Parteien

(1) Über die Rechenschaftspflicht, die sich aus den Vorschriften des Parteiengesetzes 2012 des Bundes ergibt, hinaus gilt für Parteien (Landesorganisationen), die eine Förderung nach dem 2. Abschnitt erhalten, Folgendes:

- a) sie haben über die Verwendung der Fördermittel Aufzeichnungen zu führen;
- b) sie dürfen – unabhängig von der Höhe des Wertes der Spende – Spenden von Personen, deren Namen nicht feststellbar ist, sowie Spenden, bei denen es sich erkennbar um die Weiterleitung einer Spende einer nicht genannten dritten Person handelt, nicht annehmen;
- c) sie haben einen jährlichen Landes-Rechenschaftsbericht (Abs. 2 und 3) zu erstatten; der Bericht ist spätestens bis Ende September des Jahres, das auf das Berichtsjahr folgt, der Landesregierung zu übermitteln und im Amtsblatt für das Land Vorarlberg zu veröffentlichen.

(2) Der Landes-Rechenschaftsbericht hat zu enthalten:

- a) den Ausweis der Aufzeichnungen über die Verwendung der Fördermittel (Abs. 1);
- b) den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderung (§ 3 Abs. 4);
- c) die Namen der Spender und Spenderinnen und deren Anschriften sowie die Gesamthöhe ihrer Spenden, wenn sie im Berichtsjahr insgesamt im Wert von mehr als 1.000 Euro gespendet haben; dabei sind – sofern sie den Wert von 200 Euro übersteigen – auch Spenden an die der Partei (Landesorganisation) zuzuordnende Landtagsfraktion, an Bezirks- und Ortsorganisationen sowie an sonstige aufgrund der jeweiligen Organisationsvorschrift zuzuordnende Teilorganisationen zu erheben und zu berücksichtigen,

auch wenn sie über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügen; weiters auch Spenden an einzelne Abgeordnete; Spenden an Teilorganisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie an einzelne Abgeordnete sind gesondert anzuführen;

- d) die Namen und Anschriften der Beratungsunternehmen und der Werbeagenturen, die für die Partei (Landesorganisation) im Berichtsjahr tätig waren, sofern das Entgelt für die Leistungen des Unternehmers oder der Agentur im Jahr insgesamt den Betrag von 1.000 Euro überschritten hat.

(3) Der Landes-Rechenschaftsbericht muss unter Berücksichtigung der Aufzeichnungen und aller dazu gehöriger Unterlagen von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüferin (Abs. 4) auf seine Ordnungsmäßigkeit überprüft und unterzeichnet sein.

(4) Der Wirtschaftsprüfer oder die Wirtschaftsprüferin (Abs. 3) ist von der Landesregierung aus einer Liste von drei unbefangenen Wirtschaftsprüfern oder -prüferinnen zu bestellen, die von der zu prüfenden Partei (Landesorganisation) spätestens Ende Februar des Jahres, das auf das zu prüfende Jahr folgt, vorzulegen ist; wird innerhalb der Frist eine derartige Liste nicht vorgelegt, so bestellt die Landesregierung den Wirtschaftsprüfer oder die Wirtschaftsprüferin ohne Vorschläge. Derselbe Wirtschaftsprüfer oder dieselbe Wirtschaftsprüferin darf eine Partei höchstens fünfmal hintereinander prüfen. Wünscht die Partei (Landesorganisation) eine Person als Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüferin, die bereits nach § 5 Abs. 2 des Parteiengesetzes des Bundes für sie zuständig ist, so hat die Landesregierung jedenfalls diese zu bestellen.“

2. Im § 11 Abs. 2 wird nach dem Wort „Partei“ der Ausdruck „(Landesorganisation)“ eingefügt.
3. Im § 11 Abs. 3 wird das Wort „Juni“ durch das Wort „September“ ersetzt.
4. Im § 12 Abs. 1 wird in der lit. a der Ausdruck „§ 10 Abs. 3“ durch den Ausdruck „§ 10 Abs. 1 lit. c“, in der lit. b der Ausdruck „§ 10 Abs. 1 zweiter Satz“ durch den Ausdruck „§ 10 Abs. 1 lit. b“ und in der lit. d der Ausdruck „§ 10 Abs. 6

und 7“ durch den Ausdruck „§ 10 Abs. 2 lit. c und d“ ersetzt.

5. Im § 14 wird der bisherige Text als Abs. 1 be-

zeichnet und folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Das Gesetz über eine Änderung des Parteienförderungsgesetzes, LGBl.Nr. 2/2013, tritt am 1. Jänner 2013 in Kraft.“

Die Landtagspräsidentin:

Dr. Gabriele Nußbaumer

Der Landeshauptmann:

Mag. Markus Wallner

3.

Verordnung

der Landesregierung über eine Änderung der Verwaltungsabgabenverordnung

Auf Grund des § 2 des Verwaltungsabgabengesetzes, LGBl.Nr. 10/1974, in der Fassung LGBl. Nr. 58/2001, und des § 78 Abs. 5 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung BGBl. I Nr. 5/2008, wird verordnet:

Die Verwaltungsabgabenverordnung, LGBl.Nr. 66/2011, in der Fassung LGBl.Nr. 37/2012, wird wie folgt geändert:

In der Anlage wird die Tarifpost 20 durch die folgenden Tarifposten 20 bis 20b ersetzt:

- „20. Bewilligung zum Betrieb einer Bergsteigerschule (§ 33 Abs. 1) 126,90 Euro.
20a. Erteilung einer Bergführerkonzession (§ 3 Abs. 1) 64,00 Euro.
20b. Alle anderen Bewilligungen, Berechtigungen, sonstigen Bescheide und wesentlich im Privatinteresse der Partei liegenden Amtshandlungen nach dem Bergführergesetz 12,70 Euro.“

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

4.

Verordnung

der Landesregierung über eine Änderung der Verordnung über die Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle des Rheintales*)

Auf Grund des § 8 Abs. 1 des Raumplanungsgesetzes, LGBl.Nr. 39/1996, wird verordnet:

Die Verordnung über die Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle des Rheintales, LGBl.Nr. 8/1977, in der Fassung LGBl.Nr. 37/1980, Nr. 15/1997, Nr. 45/1997, Nr. 28/1998, Nr. 43/1999, Nr. 40/2000, Nr. 57/2002, Nr. 1/2004, Nr. 57/2004,

Nr. 29/2005, Nr. 34/2006, Nr. 31/2008, Nr. 29/2009, Nr. 60/2010, Nr. 24/2011, Nr. 31/2011, Nr. 44/2012, Nr. 49/2012, Nr. 82/2012 und Nr. 83/2012, wird wie folgt geändert:

Die Grundstücke GST-NRN 2356, 2369/1, 2369/17, 2369/18, 2369/35, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383 und 8660/1 sowie die Teilflächen der GST-

*) Der Erläuterungsbericht samt Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung liegt im Amt der Landesregierung während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

NRN 2369/16, 2370/1 und 2388, GB Hohenems, die innerhalb der im Lageplan A) des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Zl. VIIa-420.20.24, vom 17.12.2012*), in schwarzer Farbe ersichtlich gemachten Grenzen liegen, werden aus dem Geltungsbereich herausgenommen.

Die Grundstücke GST-NRN 1169/2, 1198/1, 1198/2,

1199, 1204, 1205, 1206, 1208, 1234, 1235, 1238, 1254, 1255, 1259, 1284 und 1491 sowie eine Teilfläche der 1256, GB Hohenems, die innerhalb im Lageplan B) des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Zl. VIIa-420.20.24, vom 9.6.2011*), in schwarzer Farbe ersichtlich gemachten Grenzen liegen, werden in den Geltungsbereich einbezogen.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landeshauptmann:**

M a g . M a r k u s W a l l n e r

*) Die zeichnerischen Darstellungen liegen im Amt der Landesregierung, bei der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn und beim Amt der Stadt Hohenems während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.